40. Jahrgang. Mittwoch, 12. Januar Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung

und

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß Danzig: Für Redaction und Expedition Nr. 16.

Fernsprech-Anschluß für unser Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22973.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidelen Blätter" und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund." Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Die Frage der Sicherheit der Küstenstädte

hat in den letzten Monaten bei den Verhandlungen über die Flottenvorlage eine hervorragende Stelle eingenommen. Sie ist begreiflicherweise für unsere Küstenbewohner von besonderem Interesse. Ein Artikel in der letzten Nummer des „Deutsch. Wochenbl." von Capitän zur See z. D. M. Galster kommt zu dem Resultat, daß nur eine Schlachtflotte mit ihrem Zubehör von Kreuzern einen wirksamen Schutz der Küste gewährleisten kann. Ohne dieselbe wären wir im Kriegsfalle weder vor einer Beschießung der Küstenorte noch vor einer Landung feindlicher Truppen geschützt. „Mit der Sicherheit unserer Küstenstädte — sagt Herr Capitän zur See Galster — ist es seit Einführung der auf Entfernungen von mehr als 10 000 Meter noch treffenden Schiffsgeschütze recht schlecht bestellt, wenn der Feind ungestört die Beschießung vornehmen kann. Schwächere Küstenbefestigungen als diejenigen unserer Kriegshäfen wird eine feindliche Schlachtflotte bald niederkämpfen. Ein Blick in die Seekarten der Ostsee oder auch in einen guten Atlas wird selbst Laien die Gefahr zeigen, welche jetzt von See her sogar Städten wie Danzig droht, die früher wegen ihrer Entfernung vom Strande für sicher gegen Beschießung von See aus galten. Auch den Trost der Streber nach einer billigen wenn auch schwachen Seemacht, daß Landungen bei uns auch ohne Theilnahme der Flotte an der Vertheidigung unmöglich seien, kann man jetzt nicht als unbedingte Wahrheit beglaubigen, wenngleich selbst hervorragende Militärs im Beginne der achtziger Jahre daran glaubten. Die Mittel zur Kriegsführung sind seitdem vervollkommnet und ihre bessere Verwendbarkeit wird noch manche frühere Ansicht umändern. Der Gegner hat niemals nöthig, gerade dort zu landen, wo wir ihn mit Küstenbefestigungen oder größeren Truppenmassen empfangen könnten und möchten. Unsere Küsten sind lang und besonders in der Ostsee leicht für Landung zugänglich.

Die Frage der Möglichkeit einer Landung an unserer Küste und der Beschießung von Danzig hat auch unser Danziger Reichstagsabgeordneter in der letzten Versammlung des freisinnigen Wahlvereins behandelt. Eine Zuschrift, welche uns darüber von einem Fachmanne zugeht, dürfte unsere Leser interessiren. Sie lautet:

„Herr Rickert hat sich dahin ausgesprochen, daß eine Landung größerer feindlicher Truppenmassen, von der man jetzt spreche, seiner Meinung nach weniger zu befürchten sei, wohl aber sei eine Beschießung von Städten wie Danzig, Kolberg u. s. w. bei den aus enormer Weite sicher treffenden Schiffsgeschützen angängig. Ein besserer Schutz durch Küstenbefestigungen würde erheblich mehr kosten als Schlachtschiffe, welche im Stande wären, auf hoher See die Blockade zu durchbrechen und Beschießungen, wie sie 1871 von dem französischen Kriegsrathe immerhin in Aussicht genommen waren, zu verhindern.

Daß letztere Absicht auf französischer Seite bestanden hat, ergiebt sich aus einem im vorigen Jahre von der Fachzeitschrift „La marine française" veröffentlichten Artikel des früheren Adjutanten des Admirals Grafen Bouët-Willaumez, damaligen Commandanten der französischen Ostseeflotte, Herrn Felix Julien, über die Kriegführung in der Ostsee. Es geht daraus hervor, daß die Beschießung Kolbergs, zu der alle Vorbereitungen auf den französischen Schiffen bereits getroffen waren, nur deshalb nicht stattgefunden hat, weil es einmal dem Menschlichkeitsgefühl des Admirals widerstrebte, die wehrlose Stadt einzuäschern und er sich ferner sagen mußte, daß nach Lage der Verhältnisse die mittlerweile in Frankreich siegreich eingedrungenen Deutschen eine solche Maßnahme mit blutigen Repressalien vergelten würden.

Der Artikel des Herrn Julien ist um so interessanter, als in ihm außerdem ein französisches Urtheil über die Gründe vorliegt, aus denen 1870 seitens der französischen Flotte nichts Ernstliches gegen unsere Küsten versucht worden ist.

Der Verfasser legt zunächst dar, daß der von den Franzosen erwartete große Erfolg durch Landung einer ansehnlichen Truppenmacht nicht eintreten konnte, weil man jede Vorbereitung dafür verabsäumt hatte. Trotzdem man in Frenkreich eine solche Landung in Voraussicht eines Krieges mit Deutschland längst geplant hatte, war weder das Bündniß mit Dänemark, welches mit seiner Armee die Action der Franzosen unterstützen sollte, abgeschlossen, noch war bestimmt, wie viele Truppen und welche an der Expedition Theil nehmen sollten, ja, mehrere Tage nach erfolgter Kriegserklärung war man sich noch nicht darüber einig, wer die Oberleitung derselben übernehmen sollte! Die gleich nach Beginn des Krieges Schlag auf Schlag folgenden Niederlagen des kaiserlichen Heeres zwangen dann dazu, jeden Mann im Lande selbst zu verwenden und der große Landungsplan ging in Rauch auf.

Dann aber zeigt der Verfasser, daß auch die französische Flotte trotz der vorhandenen stattlichen Anzahl von Schiffen in keiner Weise auf den Krieg vorbereitet war. In Folge einer verhängnißvollen Sparsamkeit waren die Werften von allem Kriegsmaterial entblößt, die Magazine leer und die Kanonenboote in alle Winde zerstreut, so daß die für einen Angriff auf die Küsten und für eine Blockade so unentbehrlichen Aufklärungsschiffe nicht vorhanden waren. Außerdem fehlte es aus demselben Grunde an Besatzungs-Personal.

Der Verfasser weist darauf hin, daß es der Marine, besser vorbereitet, selbst nachdem sie von der Armee im Stich gelassen war, noch ein Leichtes gewesen wäre, den feindlichen Handel zu zerstören, die Küsten zu verwüsten und die drei oder vier gepanzerten Schiffe des Feindes wegzunehmen. Wenn die Flotte nicht so weit gegangen sei, so fände dies seinen Grund darin, daß man ihr die zur Action erforderlichen Kampfmittel versagt hätte.

Die unter Berufung auf die früheren Erfahrungen gemachten Ausführungen über „das Landungsgespenst" haben heute wenig Grund. Heute ist die französische Flotte in ausgezeichnetster Verfassung und für eine blitzschnelle Mobilmachung auf das beste vorbereitet, Personal ist im Ueberfluß vorhanden, und die Idee des Küstenkrieges ist keineswegs aufgegeben, wie die Anlage der französischen Flottenmanöver im Jahre 1894 beweist. In diesem Jahre wurde der Kampf einer Angriffsflotte gegen die Küste zur Darstellung gebracht und in der Weise durchgeführt, daß die Städte Havre, Dünkirchen und Calais bombardirt wurden. Wohlverstanden, die Städte, nicht etwa nur die Befestigungen derselben, die amtlichen Berichte lassen darüber keinen Zweifel aufkommen. Welch eine Zerstörung ein intensives Bombardement — Havre wurde vier Stunden lang von sechs Panzerschiffen beschossen —, bei dem in Folge des großen Zieles jeder Schuß ein Treffer ist, anrichtet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

(Die Führung eines derartigen Zerstörungskrieges an den feindlichen Küsten wird auch von anderen Staaten beabsichtigt. So hat z. B. den englischen Flottenmanövern diese Idee wiederholt zu Grunde gelegen und ist mit großem Erfolge durchgeführt worden. Eine große Anzahl von Städten, wie Liverpool, Edinburgh, Shields, Greenock, Aberdeen, Newcastle, Sunderland, Grimsby und viele andere wurden rücksichtslos beschossen und es wäre dadurch der Nation im Ernstfalle ein unermeßlicher Schaden zugefügt worden.) Rücksichten der Menschlichkeit kennen die Vertreter der Lehren des französischen Admirals Aube: „Ranconnez, pillez, brulez sans merci tout ce que vous trouvez" nicht, und die Ueberlegung, daß der Feind im eigenen Lande durch Repressalien die Verwüstung feindlicher Küstenstädte rächen wird, scheidet aus dem Grunde aus, weil das Bombardement der Küstenstädte unmittelbar nach Ausbruch des Krieges versucht und bei unserem jetzigen Flottenbestande nur mit zu gutem Erfolg durchgeführt werden wird; ehe es also feststeht, ob der Feind überhaupt in der Lage ist, solche Repressalien vornehmen zu können.

Wir können Herrn Rickert nicht unbedingt darin beistimmen, daß eine größere Landung nicht wahrscheinlich ist, so wie die Verhältnisse liegen. Bei einem Coalitionskriege ist es keineswegs ausgeschlossen, daß Frankreich Truppen genug entbehren kann, um, besonders mit Hilfe Dänemarks, eine solche Landung in Scene zu setzen. Man hat hervorgehoben, daß eine so gelandete Armee sehr bald ihrer Verbindungen beraubt sein würde und in Folge dessen leicht zu vernichten sei. Darauf ist zu entgegnen, daß die gelandete Armee eines Staates, dessen Flotte die Seeherrschaft besitzt, die denkbar beste und ungestörteste Verbindungslinie besitzt, die offene See. Man denke doch an die kleine englische Armee unter Wellington in Spanien, durch ihre nie unterbrochene Verbindung zur See mit dem Mutterlande war sie den Franzosen unüberwindlich.

Um so mehr theilen wir aber die Ansicht des Herrn Rickert über die Möglichkeit der Beschießung unserer Küstenstädte. Wir sind über die Befestigungen Danzigs nicht genau orientirt, das aber glauben wir mit Bestimmtheit zu wissen, daß die in denselben vorhandenen Kanonen nicht im Stande sind, einer modernen Flotte mit ihren Geschützen von enormer Schußweite die Einäscherung der Stadt zu verwehren."

„Gegen eine derartige Verwüstung unserer Küsten — so lautet der Schluß der Zuschrift — kann uns nur eine Schlachtflotte schützen, genügend stark, der feindlichen auf hoher See mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten."

Deutschland.

* **Berlin, 11. Jan.** **Die Königin Victoria von England,** welche, wie erwähnt, nach englischen Blättern in diesem Jahre ihren Rückweg von der Riviera nach England durch Deutschland zu nehmen und unserem Kaiserpaare in Potsdam einen Besuch zu machen beabsichtigen soll, war zum letzten Male vor zehn Jahren am preußischen Königshofe. Am 23. April 1888 traf sie im Schlosse zu Charlottenburg ein, um ihren leidenden Schwiegersohn und ihre schwer geprüfte Tochter zu besuchen. Damals waren 30 Jahre vergangen, daß die Königin Victoria zum ersten Male als Gast in der preußischen Königsfamilie verweilte. Im Juni 1858 riefen Familienangelegenheiten den Prinz-Gemahl nach Coburg, von wo aus er die jung vermählte Prinzessin Victoria und deren Gemahl, den Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, auf Schloß Babelsberg besuchte. Nach London zurückgekehrt, entwarf er von dem Wiedersehen und dem innigen Zusammenleben der jungen Gatten eine so begeisterte Schilderung, daß die Königin von Sehnsucht ergriffen wurde, selber Zeuge dieses Glückes zu werden, und am 10. August wurde der Reiseplan verwirklicht.

* **[Depeschenwechsel mit der Prinzessin Heinrich.]** An die Prinzessin Heinrich war aus Wilhelmshaven von Frau v. Knorr im Namen der Damen der Marine-Offiziere ein Glückwunsch-Telegramm zum neuen Jahre gerichtet worden. Es ist hierauf folgende telegraphische Antwort ertheilt worden:

„Admiralin v. Knorr! Ihnen und den Damen herzlichsten Dank. Freue mich, daß ich auch dieselbe Trennung durchmachen darf wie so viele andere.

Irene, Prinzeß Heinrich."

* **[Verfahren gegen einen Socialdemokraten.]** Aus **Hirschberg** i. Schl. wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Eine Angelegenheit, die an die bekannte Maßregelung des Ortsvorstehers Schultze im Kreise Zauche-Belzig, der an eine Socialdemokratin eine Wohnung vermiethet hatte, erinnert, beschäftigte am Sonnabend die hiesige Strafkammer.

Angeklagt war der Mühlenwerkführer Weinert aus Wernersdorf im Kreise Bolkenhain, den Gendarm Fiebig wissentlich falsch eines Meineides beschuldigt und beleidigt zu haben und ferner versucht zu haben, die Gendarmerie-Brigade durch Drohung zu einer Amtshandlung zu nöthigen. (Vergehen gegen § 114 d. Str.-G.-Bs.) Weinert war seit Beginn des vorigen Jahres in der Mühle zu Wernersdorf thätig. Seine Herrin schätzte ihn als tüchtigen und pflichtgetreuen Arbeiter. Als nun eines Tages bekannt wurde, daß Weinert Socialdemokrat sei und auch früher im Görlitz-Laubaner Wahlkreise eifrig agitirt habe, kam der Gendarm Fiebig in höherem Auftrage zur Dienstherrin des Angeklagten und stellte an diese das Ansinnen, den Werkführer zu entlassen, damit das Dorf nicht verseucht werde. Die Besitzerin der Mühle weigerte sich jedoch, diesem Ansinnen Folge zu geben. Nunmehr bemühte sich der Amtsvorsteher und als auch dieser keinen besseren Erfolg hatte, sogar der Herr Landrath höchst eigenhändig. Er schrieb an die Besitzerin einen Brief, worin er sie um die Entlassung des Werkführers ersuchte. Die Frau blieb jedoch fest. Die politische Gesinnung ihres Werkführers war ihr gleichgiltig. Auffallenderweise häuften sich von diesem Tage an die Anzeigen gegen die Bewohner der Mühle wegen der verschiedenartigsten Uebertretungen. Die also Betroffenen glaubten Grund zu haben, daß die Anzeigen auf persönliche Feindschaft zurückzuführen seien. In einer Gerichtssitzung ermahnte der Vorsitzende sogar den Gendarmen, in Zukunft mit Weinert ein besseres Einvernehmen zu halten. Am 12. und 18. Oktober schrieb nun Weinert an die Gendarmerie-Brigade, daß der Gendarm Fiebig gegen ihn und seine Arbeitsleute wissentlich falsche Anzeige erstattet und vor Gericht Unwahres ausgesagt habe. Ferner drohte er in dem Schreiben mit weiteren Schritten, insbesondere mit Veröffentlichung der ganzen Angelegenheit, falls Fiebig nicht in einen anderen Bezirk versetzt werde. Wegen dieses Schreibens hatte sich nun W. zu verantworten. Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt eine falsche Anschuldigung wider besseres Wissen nicht für erwiesen. Doch habe W. dem Beamten in frivoler Weise den Vorwurf des Meineides gemacht. Desgleichen sei das Vergehen aus § 114 erwiesen. Er beantrage deshalb 5 Monat Gefängniß und 2 Jahr Ehrverlust. Der Gerichtshof gewann nicht die Ueberzeugung, daß der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt habe, noch daß er sich überhaupt einer Beleidigung schuldig gemacht habe. Dagegen wurde die Nöthigung für erwiesen erachtet und W. unter Zubilligung mildernder Umstände, weil er durch das Vorgehen des Gendarmen zu sehr gereizt worden war, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

* **[Nachklänge zum Tausch-Prozeß.]** Noch eine andere Instanz wird sich jetzt nach der Entscheidung des Disciplinargerichtes mit Herrn von Tausch zu befassen haben. Herr v. Tausch hat als baierischer Premierlieutenant a. D. das Recht zum Tragen der Uniform. Nach der bestehenden Vorschrift aber muß jeder active und inactive Offizier, dem das Tragen der Uniform zusteht und der aus irgend welchem Anlaß vor das Criminalforum gestellt wurde, nach der Beendigung des Verfahrens sich der Entscheidung eines Ehrengerichts unterwerfen.

Feuilleton.

Sanitätsraths Türkin. (Nachdr. verboten.)

32) Eine Kleinstadt-Geschichte von **Klaus Rittland.**

Lachend stieg Indschi in ihre Cabine herauf, warf das krebsrothe Schwimmkostüm ab und kleidete sich an. Bis auf die Haut durchnäßt, unter Sturm und Blitzen, kam sie zu Hause an. Das Gewitter hatte ihr nur Freude gemacht. Aber ein anderes Gewitter zog sich bereits drohend über ihrem Haupte zusammen; ein häßliches, unheilbringendes, so ein Unwetter, welches statt lauteren Wolkenwassers Schmutz und Galle auf das Haupt des Wehrlosen regnet! Vorläufig merkte Indschi noch nichts davon. Den nächsten Tag aber blieb sie zu Hause, schrieb an ihren Fritz, ordnete alte Papiere und träumte in ihrer Einsamkeit liebliche Zukunftsträume. Am folgenden Tage aber, als sie einen Weg durch die Stadt machte, fiel es ihr auf, daß der Senator Jürgens und ein anderer Herr, die ihr begegneten, beim Grüßen so sonderbar spöttische Gesichter machten, eigentlich unverschämte Gesichter! Und dann, daß Frau und Fräulein Kreßmann, die in der „Langen Gasse" auf dem jenseitigen Fußsteige an ihr vorübergingen, ihren Gruß vermieden, indem sie consequent wegschauten. Das frappirte Indschi einen Augenblick freilich nur; dann dachte sie nicht weiter darüber nach! Als sich aber im Laufe der nächsten Tage derartige Vorkommnisse mehrten, da wußte sie doch nicht mehr recht, was sie daraus machen sollte. Was konnten die Leute nur gegen sie haben? Auch Dräsels hatten neulich mit einer anderen Dame so seltsame Blicke gewechselt, als Indschi sie in einem Laden getroffen. Sie wollte zu Dräsels gehen, ganz einfach fragen: Was habt Ihr? Abler Dräsels ließen sich verleugnen. Da besuchte sie Hedwig Borstewitz. Auch die war ganz anders wie sonst. Aber die mußte ihr reinen Wein einschänken! Zuerst that sie auf Indschis Fragen ganz harmlos, aber endlich brachte sie mit einem verlegen sein sollenden Lächeln hervor: „Ja, liebes Fräulein Körting, das ist, es ist wirklich eine sehr dumme Geschichte, man hat Sie nämlich beobachtet."

„Mich, wann? Wo? Weshalb?"

„Mit Romin, am Donnerstag — ach, aber nun fragen Sie mich, bitte, nicht weiter. Ja, wenn Sie's durchaus wissen wollen, hinter Steffens Garten hat man Sie gesehen!"

„Mit Romin? Ja, aber da bin ich ja gar nicht mit Romin gewesen."

„Ach, wirklich nicht?" Ein lauernder Blick traf die immer noch ganz unbefangen dreinschauende Indschi. „Nun, dann war es eben ein Irrthum. Ich sagte es ja gleich. Sprechen wir nicht mehr davon."

Kopfschüttelnd entfernte sich Indschi. Was sollte das nur heißen? „Hinter Steffens Garten!" Das hatte einen bösen Klang für Klützower Ohren. Jener einsame Weg, der sich an der hohen Mauer der Steffen'schen Gärtnerei, zehn Minuten entfernt von den Seeanlagen hinzog und in einem kleinen Gehölz endete, war kein beliebter Spaziergang für ehrsame Leute, aber ein historischer Ort. Dort passirten gewöhnlich die Dinge, welche im Städtchen peinliches Aufsehen erregten. Vor sieben Jahren hatte sich dort ein Senator aufgehängt, und vor zwei Jahren hatte dort ein betrogener Ehegatte seine Frau überrascht und deren Liebhaber todtgeschlagen, und verbotene Rendez-vous kamen dort fortwährend vor. Ein böser Ort, wahrhaftig. Aber was hatten denn nur Indschi und Romin damit zu thun? Ach Gott, es war ja lächerlich, sich auch nur eine Minute den Kopf darüber zu zerbrechen. So ein dummes, rein aus der Luft gegriffenes Gerücht. Wie konnte das nur entstehen?

Ja, wie es entstanden war? Wie so etwas gewöhnlich entsteht. Wie wird der gute Ruf eines Menschen gemordet? Ganz behaglich, theils aus Bosheit, theils — und das noch viel mehr — aus Zeitvertreib! In großen Verhältnissen geht es langsam, allmählich; in kleinen manchmal riesenschnell, über Nacht.

Durch die Lumpenfrau war's zuerst gekommen. Die hatte bei Kreßmanns nach alten Kleidern gefragt und da — so nebenbei —, während sie Frau Justizraths alten Sammetmantel prüfend gegen das Licht hielt, ob noch keine Motten drin waren, von einer komischen Geschichte erzählt, die ihr gestern passirt sei, als sie auf Landkundschaft ausgewesen. Da habe sie hinter Steffens Garten ein Liebespärchen überrascht, in zärtlicher Umarmung; erschrocken seien die Beiden auseinandergeprallt und weggelaufen, jedes nach einer anderen Richtung, ein hübsches brünettes Mädchen und ein sehr großer Herr. „Brünett? Was hatte sie an?" fragte Mariechen interessirt. „Was Hellbraunes." Mariechen nickte. „Fräulein Körting hat ja sein hellbraunes Tuchkleid, Mama". „Fräulein Körting, en sihr freundliches Mäten", meinte die Lumpenfrau. „Sei hedd mi im Winter, wie's so kalt war, 'mal so'n schönen warmen Kaffee un Kauken gewen!" Die Lumpenfrau hatte ein dankbares Gemüth! „Ja, ja, so'ne ähnliche Statur hedd' die Dame woll, wie Frölen Körting; en beten füllig, aber siehr hübsch. — Un en schönen blonden Mann". „Sie irren sich wohl, er war gewiß braun", warf die Justizräthin ein, und zu ihrer Tochter gewandt: „Du bist doch auch überzeugt, daß es der Baron Romin" — „Natürlich, Mama". Schließlich ließ sich die Lumpenfrau willig überreden, daß der Herr braun gewesen war, und gab überhaupt alles zu, was man hören wollte — sie bekam ja den schönen Sammetmantel für zwei Mark!

Und nun ging die Justizräthin zur Amtsrichterin. Und die Amtsrichterin söhnte sich eiligst mit ihrer Feindin, der Senatorin Jürgens, aus und besuchte dieselbe zu einem Plauderstündchen, „nur ganz in der Eile, — aber wissen Sie's schon?"

Bereits am selben Abend erzählten sich's die Herren am Skattisch und am nächsten Morgen die Dienstmädchen beim Kaufmann, die Gesellen in der Werkstatt — bei „Tanting" versammelte sich ein ganz besonders riesengroßer Damencongreß — und nun stand es ganz fest, so fest wie die Thatsache, daß fünf mal fünf fünfundzwanzig ist: Indschi und Baron Romin hatten ein „Verhältniß", ein ganz skandalöses, schon seit Januar. Die Baronin war auch schon dahinter gekommen. Neulich hatte Indschi sie besuchen wollen, war in Ströbenhagen vorgefahren, ins Haus getreten, aber gleich darauf zurückgekehrt, „ganz aschfahl!" und weitergefahren. Natürlich hatte die Frau Baronin ihr die Thür gewiesen. Und Geschenke nahm „diese Türkin" auch von ihm an. Erst kürzlich hatte man sie zusammen zum Juwelier gehen sehen.

„Aber" — schrie hier Suse Borstewitz dazwischen, die sich mit in den Congreß eingedrängt hatte —, „da hat er ja eine Cravattennadel für seine Frau ausgesucht, einen kleinen goldenen Steigbügel!"

„Schweig", wurde die Stimme der Unschuld verwiesen, „das war doch natürlich nur ein Vorwand!"

Und jeder mußte seinen Pinselstrich beizutragen, damit das Doppelportrait der beiden Verbrecher nur immer noch ein bischen abschreckender würde. Alle kleinen, heimlichen Privatgrolle, von denen fast jede Anwesende irgend einen gegen die ahnungslose, gutmüthige Indschi in Vorrath hielt, fanden bei dieser Gelegenheit ein günstiges Ventil! Es war ein großes moralisches Schlachtfest!

Nur ein Congreßmitglied saß stillschweigend dazwischen: die Gastwirthstochter vom „Ochsenkopf"! Sie hätte es bezeugen können, sie und der schöne blonde Zahnarzt, mit dem sie seit dem Kaisergeburtstagsabend sehr vertraut war, daß nicht Romin und Fräulein Körting das auseinandergeschreckte Liebespaar gewesen, aber — ach Gott, es that ihr ja so schrecklich leid, sie war eigentlich ein gutherziges Ding, wenn auch etwas leichtsinnig, aber — die Wahrheit sagen konnte sie doch nicht — unmöglich!

Und „Sanitätsraths Türkin" wurde in die Acht erklärt!

(Forts. folgt.)

* **[Reichsversicherungsgesetz.]** Ueber die Verhandlungen der Sachverständigen-Commission zum Entwurf eines Reichsversicherungsgesetzes theilt die „D. Vers.-Ztg." Folgendes mit: Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahm die Lebensversicherung ein, wobei die von dem Ausschusse für Lebensversicherung des preußischen Versicherungsbeiraths im Dezember vorigen Jahres gefaßten Beschlüsse zu nochmaliger Erörterung gelangten. Auch die Berathungen über die Feuerversicherung nahmen viel Zeit in Anspruch. Es wurde beschlossen, die hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Beziehungen der Lebens- und Feuerversicherung gemachten Vorschläge einer nochmaligen Berathung durch einen aus Commissionsmitgliedern bestehenden Ausschuß zu unterziehen, dem die Herren angehören werden, die besonders Lebens- und Feuerversicherer sind. Ueber die ausländischen Versicherungsgesellschaften hat die Commission keine Beschlüsse gefaßt, es sollen für diese Anstalten Nachtragsbestimmungen erlassen werden. Ebenso soll die Transportversicherung in dem Gesetzentwurf eine gesonderte Stellung einnehmen, da man zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Bestimmungen des Entwurfes, soweit sie alle anderen Gesellschaften betreffen, auf die Transportversicherung nicht angewendet werden könnten. Es ist dies offenbar deshalb geschehen, weil die Folgerungen des beabsichtigten Gesetzentwurfes den Betrieb der Seeversicherung durch einzelne Personen geradezu beseitigen würden.

* **[Fideicommißrecht.]** Die seit einiger Zeit im Gange befindlichen Vorarbeiten für eine Abänderung des preußischen Fideicommißrechts sind dem Abschluß nahe. Doch dürfte der Entwurf dem Landtag schwerlich schon in der jetzigen Tagung zugehen. Die Grundzüge der Reform stehen aber bereits fest. In erster Linie handelt es sich um eine wesentliche Verschärfung der Voraussetzungen, unter denen es in Zukunft gestattet werden soll, neue Fideicommisse zu errichten, während anderseits den Inhabern von Fideicommissen fortan eine größere wirthschaftliche Bewegungsfreiheit eingeräumt werden soll, als es in Preußen bisher der Fall gewesen ist. Die erwähnte Verschärfung wird namentlich den Zweck verfolgen, in solchen Gegenden, wo die bestehenden Fideicommisse erfahrungsgemäß zur Aufsaugung des kleinen Landbesitzes führen, deren Vermehrung einzudämmen.

* **[Fahrräder im Postdienst.]** Die Reichspostverwaltung hat die Oberpostdirectionen ermächtigt, künftig nach eigenem Ermessen Fahrräder überall zu verwenden, wo ihre Anwendung zu Dienstzwecken vortheilhaft erscheine.

* **[Für die Siegesallee]** wurde vom Kaiser eine neue Bestellung vergeben. Aug. Kraus, einer der begabtesten Schüler von Begas, hat den Auftrag erhalten, das Denkmal „Heinrich, das Kind" anzufertigen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Landtag.

□ Berlin, 11. Januar.

Der Eröffnung des Landtages im Weißen Saale des königl. Schlosses wohnten etwa 150 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Herrenhauses bei. Die durch den Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe verlesene Thronrede (cf. Telegramm in der gestrigen Abendnummer) wurde schweigend angehört. Fürst Wied brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Versammlung lebhaft einstimmte.

Präsident v. **Köller** eröffnete heute Mittag die erste Sitzung des **Abgeordnetenhauses** mit einem Hoch auf den Kaiser. Auf dem Bureau haben sich bereits 310 Anwesende gemeldet. Morgen steht die Präsidentenwahl und die Einbringung des Etats und das Comptabilitätsgesetz durch den Minister v. Miquel auf der Tagesordnung.

Auch die Sitzung des **Herrenhauses** wurde durch den bisherigen Präsidenten Fürsten Wied mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 116 Mitgliedern. Die Wiederwahl des Präsidiums (Fürst Wied, Frhr. v. Manteuffel und Becker-Köln) erfolgte durch Acclamation. Auf der Tagesordnung für morgen steht ein Antrag des Herzogs von Ratibor, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die erforderlichen Mittel bereit zu stellen zur möglichsten Verhütung künftiger Hochwasserkatastrophen, namentlich durch einzelne besonders gefährliche Flüsse Schlesiens und Brandenburgs, deren Regulirung in Angriff zu nehmen sei.

*

Berlin, 11. Jan. Die **nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses** hat einstimmig beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, sich an der am 13. d. Mts. im Kaiserhof stattfindenden **Kundgebung für die Flottenvorlage** zu betheiligen.

Reichstag.

*** Berlin, 11. Januar.

Bei sehr schwacher Besetzung nahm der Reichstag heute seine Arbeiten wieder auf und zwar mit der ersten Berathung der Novellen zum **Gerichtsverfassungsgesetz** und zur **Civil- und Strafprozeßordnung**. Die Abänderungsvorschläge bezwecken zumeist, die bestehenden Gesetze mit dem bürgerlichen Gesetzbuche in Einklang zu bringen. Nach einem einleitenden Vortrag des Staatssecretärs des Reichsjustizamtes Dr. **Nieberding** entwickelte sich eine Debatte, in welcher eine Erhöhung der Revisionssumme beim Reichsgericht von 1500 auf 3000 Mk., Erweiterung des Kreises der unpfändbaren Sachen, Revision des Entmündigungs- und Zwangsvollstreckungsverfahrens, Erleichterung des Zustellungswesens und andere Punkte gründlich beleuchtet **wurden**. **Hervorzuheben ist, daß fast sämmtliche Redner, die Abgg. Rintelen** (Centr.), **Gamp** (Reichsp.), **v. Cuny** (nat.-lib.) und **Träger** (freis. Volksp.), der beantragten Erhöhung der Revisionssumme widersprachen, nur der Pole v. **Dziembowski** erklärte sich mit einer Erhöhung der Revisionssumme einverstanden, aber nur unter der Bedingung, daß die Entscheidungen des Reichsgerichts alsdann kostenlos erfolgen.

Morgen steht die Fortsetzung der Berathung auf der Tagesordnung, außerdem ein Antrag des Abg. v. Kardorff (Reichsp.) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Meyer-Danzig (Land).

*

Berlin, 11. Jan. Die **Commission für die Militär-Strafprozeßordnung** hat den Centrumsabgeordneten Spahn zum Vorsitzenden gewählt.

— Abg. **v. Bennigsen** wird gegen Ende Januar in Berlin eintreffen, um an den parlamentarischen Arbeiten Theil zu nehmen.

Berlin, 11. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Der deutsche Generalconsul in Shanghai **Dr. Stübel** hält sich in Kiaotschau auf, um den Viceadmiral v. Diedrichs bei dem Verkehr mit den chinesischen Behörden zu unterstützen.

Der Capitän z. S. **Rosendahl** wird mit dem am 8. Februar von Genua abfahrenden deutschen Reichspost-Dampfer die Ausreise nach Shanghai antreten.

— Der Landtagsabgeordnete **Zierold** ist heute **gestorben**.

Wilhelm Zierold ist am 12. Dezember 1825 geboren. Er besuchte das Gymnasium in Köslin und nach Absolvirung desselben die Universitäten in Bonn und Berlin. 1854 übernahm er das Gut Mietzelfelde (Regierungsbezirk Frankfurt). Er wurde anfangs der sechsziger Jahre zum Kreisdeputirten und dann zum Kreistagsmitglied gewählt. Der conservativen Fraction des Abgeordnetenhauses gehörte Zierold seit dem Jahre 1879 für den Stadtkreis Landsberg, Landkreis Landsberg, Kreis Soldin an.

Berlin, 11. Jan. Bei der heute Nachmittag fortgesetzten Ziehung der 1. Klasse der 198. preußischen Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 178 878.
1 Gewinn von 1500 Mk. auf Nr. 70 197.

— Regierungs-Präsident **Bitter-Oppeln** ist als Ministerialdirector in das Ministerium des Innern berufen worden.

— Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge besteht die Absicht, **in Prag ein deutsches Consulat** zu errichten.

Kopenhagen, 11. Jan. Im **Folkething** theilte bei der heutigen zweiten Berathung des Budgets der Minister des Aeußeren mit, die dänische Regierung habe die Gesandten angewiesen, bei den fremden Regierungen anzufragen, ob eine Möglichkeit vorhanden sei, daß **Dänemark eine garantirte Neutralität** erlange. Nach den nunmehr eingegangenen Auskünften wolle er bemerken, daß die auswärtigen Regierungen die Bereitwilligkeit Dänemarks, eine neutrale Stellung einzunehmen, vollaus anerkannt hätten, daß aber derzeit keine Wahrscheinlichkeit bestehe, eine garantirte Neutralität zu erreichen.

Prozeß Esterhazy.

Paris, 11. Jan. Wie verlautet, soll heute Vormittag in der nichtöffentlichen Sitzung Oberst **Picquart** dem General **Gonse** gegenübergestellt worden sein. Diese Gegenüberstellung soll sehr bewegt verlaufen sein. Oberst Picquart machte sensationelle Enthüllungen von außerordentlicher Wichtigkeit. Die vagen Gerüchte darüber müssen aber mit ganz besonderer Reserve aufgenommen werden. Zahlreiche Neugierige hatten sich vor dem Gerichtsgebäude angesammelt, um die Zeugen und Mitglieder des Kriegsgerichtes zu erwarten, wurden aber von Polizeibeamten zerstreut.

Clemenceau macht sich in seinem Blatte „Ancore" anheischig, nachzuweisen, daß der Prozeß gegen Esterhazy nicht diesem, sondern dem Oberst Picquart gemacht worden sei. Das Aergerniß in dem Prozesse liege darin, daß die Verhandlungen geheim erklärt seien, sobald Oberst Picquart sich einstellte, um sich zu vertheidigen. Der Kriegsminister habe sich in diese verabscheuungswürdige Angelegenheit eingelassen, indem er das Gericht hinderte, den als französischen Offizier verkleideten Ulanen (Esterhazy) zu bestrafen.

Das **„Journal"** meint, **es sei gut, daß in Frankreich die Nation, die Armee und die Offiziere jeden Ranges** die edele Initiative ergriffen hätten, sich voll für die neue Berathung bei offenen Thüren verantwortlich zu machen, kein anderes Land hätte es ertragen können, in einer solchen Angelegenheit völlige Klarheit zu schaffen.

Der **„Radical"** bedauert, daß Mathieu Dreyfus und Frau Dreyfus nicht gestattet sei, in die Verhandlungen einzugreifen. Ihr Eingreifen hätte contradictorische Auseinandersetzungen herbeiführen können, die erforderlich seien, um volles Licht über die Angelegenheit zu verbreiten.

Der **„Gaulois"** beklagt die schmachvollen Vorgänge, die unlängst einen Hauptmann, heute einen Major, morgen vielleicht einen Oberstlieutenant in der Person Picquarts vor das Gericht gebracht haben, bezw. bringen werden. Die Ehre der Armee erfordere es, dem ein Ende zu machen.

Englands Interessen in China.

London, 11. Jan. Der Erste Lord des Schatzes **Balfour** hielt in Manchester eine **Rede**, in der er u. a. sagte:

Was China betreffe, seien die Interessen Englands nicht territorialer, sondern commerzieller Natur. Da die Betheiligung Großbritanniens an dem Außenhandel Chinas 8 Proc. des Gesammthandels Chinas betrage, habe England einen ganz besonderen Anspruch darauf, dafür zu sorgen, daß die Politik Chinas sich nicht einer Abschreckung des auswärtigen Handels zuwende. England sei durch die tiefwurzelnden Traditionen seiner Politik gehindert, irgend ihm gewährte Handelsprivilegien als Waffe für den Ausschluß von Concurrenten zu benutzen. Wenn England Handelsfreiheit verlange, verstehe es darunter die Freiheit des Handels für die ganze Welt in gleicher Weise. Es gäbe zwei Wege, auf denen eine Störung der Handelsinteressen Englands in China möglich sei. Der erste sei die Ausübung eines Druckes auf China durch irgend eine auswärtige Regierung, Anordnungen zu treffen, welche sich gegen England richteten und dem betr. Staate Vortheile gewährten, mit anderen Worten, welche für alle die gleiche Gelegenheit, Handel zu treiben, zerstörten, was den einzigen Anspruch Englands ausmache, den aber England thatsächlich auch verlange. Der zweite Weg sei derjenige, daß fremde Länder mit schutzzöllnerischen Traditionen an der chinesischen Küste Stationen errichteten, in denen sie eine Zollgrenze einführten oder ähnliche Einrichtungen träfen. Die britische Regierung werde ihr Bestes thun, darauf zu sehen, daß auf keinem dieser beiden Wege der britische Handel geschädigt werde.

Balfour bemerkte schließlich, er könne nicht verstehen, weshalb England dem russischen Handel entgegentreten solle, wenn er sich dorthin wende, wo es ihm beliebe, aber immer nur in der Voraussetzung, daß England dadurch nicht verdrängt werde.

Danzig, 12. Januar.

* **[Stadtverordneten-Versammlung.]** Gestern Nachmittag setzte die hiesige Stadtverordneten-Versammlung ihre am letzten Freitag in vorgerückter Abendstunde abgebrochene Sitzung fort und erledigte den Rest der damaligen Tagesordnung in einer abermals fast vierstündigen Sitzung. Den Vorsitz führte Herr Steffens, den Magistrat vertraten die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadträthe Ehlers, Fehlhaber, v. Rozynski, Ackermann, Meckbach.

Den ersten der restirenden Gegenstände bildete die Fischereiverpachtung in der todten Weichsel von Plehnendorf bis zur sog. Winterschanze. Der Magistrat beantragt den Zuschlag auf 6 Jahre an den Rentier Albert Kraatz in Danzig für 156 Mk. und die Strecke Plehnendorf-Heubude an den Fischer Erdmann Görtz auf Holm für 350 Mk. jährlich, und zwar für die Reststrecke bis zur Winterschanze hinter Legan zu ertheilen. Herr Kraatz ist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sport-Anglerclubs in dem Licitationstermin Bestbietender geblieben, während der bisherige Pächter bis 155 Mk. geboten hatte. Herr Görtz war in dem Licitationstermin bis 400 Mk. getrieben worden. Sowohl er wie sein Concurrent hatten nachträglich die Erklärung abgegeben, daß sie sich übereilt hätten und ihre Gebote, die zudem durch Cautionen nicht gedeckt waren, nicht aufrecht erhalten könnten. Nach weiteren Verhandlungen hat Herr Görtz sich aber bereit erklärt, 350 Mk. Pacht zu zahlen und sicher zu stellen. Die Vorlage ruft eine längere Discussion hervor, nach welcher im ersten Falle die Zuschlagsertheilung mit großer Mehrheit abgelehnt und nach dem Antrage des Herrn Schmidt beschlossen wird, die Pacht für versuchsweise noch 1—2 Jahre dem bisherigen Pächter Krause in Westlich-Neufähr für 155 Mk. zu überlassen; im zweiten Falle der Zuschlag einstimmig ertheilt wird. Aus der Debatte heben wir Folgendes hervor:

Herr Schmidt wies darauf hin, daß der alte Pächter Krause nur um eine Mark mit seinem Gebote hinter dem Meistgebote des Herrn Kraatz zurückgeblieben sei. Herr Krause habe früher die Pacht im Interesse des Danziger Anglerclubs geführt, welcher in den Jahren 1894 und 1896 größere Posten Karpfensetzlinge in das Wasser gebracht und dadurch den Fischbestand gehoben habe. Aus dem alten Danziger Anglerclub sei eine Anzahl Mitglieder ausgetreten, welche einen neuen Sport-Anglerclub gegründet haben. Dieser neue Club wolle durch seinen Vorsitzenden Herrn Kraatz die Pachtung für sich allein erwerben, also die übrigen Angler ausschließen. Herr Krause habe ferner an die Bewohner von Heubude und Krakau Fischereikarten ausgegeben und es sei wünschenswerth, der Bevölkerung dies nicht zu entziehen. Der Redner führte dann weiter aus, daß Angler meist nur des Sonntags zu ihrem Vergnügen fischten und keine Raubfischerei ausübten. — Die Herren Stadtrath Ehlers und Oberbürgermeister Delbrück führten aus, daß Herr Kraatz den Zuschlag erhalten solle, weil der Sport-Angler-Club den Fischreichthum der Gewässer fördere und die Raubfischerei beseitigen würde. Herr Stadtrath Ehlers theilte aus einem Berichte des Herrn Strompolizei-Inspectors mit, daß derselbe im vorigen Jahre 21 Erlaubnißscheine für Fischerei mit Reusen u. s. w. und 46 Angelkarten beglaubigt habe und bemerkte, die Aufsichtsbehörde habe doch die Aufgabe, darauf zu sehen, daß die Sache nicht übertrieben werde, damit die Fischergiebigkeit des Gewässers nicht erschöpft werde. Uebrigens sei der Magistrat der Ansicht gewesen, daß der neue Club nur eine Fortsetzung des alten Clubs mit veränderten Statuten sei. Der Magistrat hatte keinen Grund, das Meistgebot des Herrn Kraatz unberücksichtigt zu lassen, er werde aber auch keine Cabinetsfrage daraus machen, wenn die Versammlung auf das Mehr von 1 Mk. verzichten und Herrn Krause die Pacht weiter übertragen wolle.

Herr Damme spricht seine Freude darüber aus, daß Herr Schmidt zu der Ansicht gekommen sei, daß es nicht immer das Richtige ist, den Meistbietenden zu ermitteln und nur ihm den Zuschlag zu ertheilen. — Herr Berenz hält das wohlerwogene Votum des Magistrats für schwerwiegender als die heute in der Debatte gemachten Mittheilungen, auch er finde keine begründete Veranlassung, den Meistbietenden von dem Zuschlage auszuschließen.

Das bedeutende Wachsthum der Geschäfte der städtischen Armen-Verwaltung hat schon seit längerer Zeit die ständige Beschäftigung eines juristisch gebildeten diätarischen Hilfsarbeiters neben dem decernirenden Stadtrath nöthig gemacht. Da Letzterer dringend einer Entlastung in den Bureauarbeiten behufs lebhafterer Antheilnahme an den äußeren Geschäften der Armen-Verwaltung und ihrer Organisation bedarf, die Hilfsarbeiter auch häufig wechseln, so schlägt der Magistrat vor, vom 1. April ab **eine neue besoldete Stadtrathstelle** mit dem Anfangsgehalt von jährlich 5100 Mark für das Armenwesen zu creiren. Es kommt auch hierbei zu einer längeren eingehenden Debatte, nach welcher aber einstimmig der Magistratsantrag angenommen wird. Der allgemeine Verlauf der Debatte war folgender:

Herr **Keruth**: Als im vorigen Jahre ein neuer Stadtrath eingeführt wurde, war wohl die Mehrheit der Versammlung der Meinung, daß hiermit die Vermehrung der Beamtenstellen im wesentlichen abgeschlossen sei. Jetzt soll nun wieder eine neue Stadtrathstelle eingerichtet werden. Ich gebe zu, daß die Geschäfte sich allerdings stark vermehrt haben, aber es steht doch zu erwarten, daß die Arbeitsanhäufung auch wieder nachlassen wird. Es sei zu erwägen, ob dem Bedürfniß nicht auf eine andere Weise abgeholfen werden kann, denn wenn die Stadtrathstelle einmal bewilligt worden ist, werden wir dieselbe nie wieder los. Es wird sich fragen, ob wir nicht unsere Hilfskräfte vermehren, oder unbesoldete Stadträthe in stärkerem Maße heranziehen oder den Decernenten mehr Arbeit auferlegen. Wir sind unseren Wählern schuldig, daß wir bei der Finanzlage unserer Stadt genau prüfen, bevor wir unseren Etat auch nur um 100 Mark dauernd belasten. Mit mir haben noch 15 Stadtverordnete den Antrag gestellt, die Vorlage einer Commission von 9 Mitgliedern zu überweisen. Wenn wir die Bewilligungen, welche die heutige Tagesordnung verlangt, zusammenrechnen, so kommt eine dauernde Belastung von 20 870 Mark heraus, welche den Zinsen für ein Anleihe von mehr als einer halben Million Mark entspricht. Bevor wir so große Ausgaben bewilligen, müssen wir dieselben jeder einzelne für sich und wir alle zusammen gründlich prüfen. Die Vorlage ist zwar in der Kämmerei-Deputation vorberathen und dort angenommen worden, das ist ja richtig, aber die Mehrheit weiß doch nicht, aus welchen Gründen die Annahme erfolgt ist. Die Begründung, welche der Magistrat zu der Vorlage gegeben hat, genügt uns nicht, deshalb haben wir den Antrag gestellt die Vorlage einer neuen Commission zu überweisen.

Herr Oberbürgermeister **Delbrück**: In formaler Beziehung könnte der Magistrat der Commissionsberathung kaum etwas Wesentliches entgegen setzen, aber ich möchte doch fragen, wozu sind denn die zahllosen Fachcommissionen in der städtischen Verwaltung da? Die heute beantragten Forderungen sind in der Lazarethdeputation, in der Schlachthofdeputation, in der Baudeputation, der Wasserleitungs-Commission und schließlich in der Kämmereideputation als allgemeine Finanzcommission durchberathen worden, so daß nur noch wenige Stadtverordnete übrig bleiben, welche sich nicht bereits mit den Sachen beschäftigt haben. Die Gehaltserhöhungen werden ja aus persönlichen Rücksichten in geheimer Sitzung behandelt, die Bürgerschaft erfährt da nicht unsere Gründe, um so weniger ist bei der Vermehrung der Stellen ein Geheimniß zu machen, wir haben nicht den geringsten Grund, hier irgend etwas der vollen Kenntniß der Bürgerschaft zu entziehen. Wir wollen hier darüber mit voller Oeffentlichkeit verhandeln. Gerade die Gründe, welche Herr Keruth angeführt hat, machen es wünschenswerth, daß die Vorlage im Plenum verhandelt wird. Dazu kommt, daß wir schon deshalb eine schnelle Erledigung der Vorlagen wünschen, weil die Aufstellung des Etats davon abhängt. Der Redner erläuterte nun die Nothwendigkeit der geforderten, weiterhin auf der Tagesordnung stehenden Gehaltserhöhungen durch den Hinweis auf den Umstand, daß für einen Theil der Beamten Altersstufen festgesetzt seien, für einen anderen Theil nicht, so daß man alte bewährte Beamte des letzteren Theiles schlechter stellen würde, wenn ihnen die Gehaltserhöhung nicht gewährt werde, welche ihre Collegen nach der Altersstufentafel von 3 zu 3 Jahren erhalten, und ging dann auf die Forderung einer neuen Stadtrathstelle näher ein. Er habe allerdings im vorigen Jahre bei einer geselligen Vereinigung im Rathskeller die Aeußerung gethan, daß die Vermehrung der Stellen nun wohl abgeschlossen sei und er habe damals diese Ueberzeugung gehabt. Ein Stadtverordneter habe aber schon damals erklärt, wir kommen mit einer Stadtrathstelle nicht aus, die Armenpflege erfordert so viele Arbeit, daß wir für diese recht bald einen zweiten besoldeten Stadtrath brauchen, deshalb wollen wir lieber gleich zwei neue Stellen fordern. Ich bin damals dagegen gewesen, weil ich warten wollte, bis diese Nothwendigkeit wirklich an uns herantreten würde; ich dachte, es würde möglich sein, den neuen Stadtrath nicht fest in einem Decernat zu beschäftigen, sondern ihm eine Stellung anzuweisen, in der er Gelegenheit hätte, entweder größere Aufgaben zu erledigen, oder das Decernat eines anderen Collegen zu übernehmen, um diesen für derartige Aufgaben frei zu machen. Diese Hoffnung hat sich als unrealisirbar erwiesen. Die Aufgaben der Armenpflege haben sich, wie der Redner des Näheren nachweist, von Jahr zu Jahr außerordentlich erweitert sowohl in Folge des Anwachsens der Bevölkerung wie der complicirteren Gestaltung des gesetzlichen Apparats, namentlich ist die Zahl der Prozesse gestiegen. Der Decernent für die Armenpflege, Herr Stadtrath Dr. Bail, sei gegenwärtig garnicht mehr im Stande, sich um den äußeren Dienst zu kümmern und er ist nicht in der Lage, den Sitzungen der Armencommissionen beizuwohnen, sich mit den Armenpflegern in persönliche Beziehungen zu setzen, was doch im höchsten Grade wünschenswerth ist. Herr Stadtrath Dr. Bail war, als er seinen Sommerurlaub antreten wollte, so überarbeitet, daß Redner im Hinblick auf die Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitsfrische ihn bitten mußte, seine Erholung um einige Wochen zu verlängern. Hier muß eine Aenderung eintreten, um so mehr, da die Ansprüche an die Armenverwaltung dauernd wachsen. Die Summen, welche auf dieselbe verwendet werden, sind zu groß, als daß sie nicht auf das gewissenhafteste verwaltet werden müßten. Wie die Aufgaben der Armenverwaltung steigen, das merken wir auch an der wachsenden Zahl der Schulkinder. Wir müssen in jedem Jahre zehn neue Lehrkräfte einstellen, das bedeutet eine Steigerung des Schulbesuchs um 500 Kinder, das ist doch gewiß ein ganz bedeutender Zuwachs. Wir brauchen eine Kraft zur juristischen Bearbeitung der Dinge im Detail während der älteste Stadtrath die ganze Verwaltung leiten soll. Herr Keruth hat auf die Hilfeleistung der unbesoldeten Stadträthe hingewiesen. Bei allem Eifer und Fleiß, den diese Herren überall und auch in der Armenverwaltung entwickeln, würde es doch nothwendig sein, daß sie Vormittags vier und Nachmittags drei Stunden im Bureau anwesend wären, wenn sie einen Decernenten ersetzen sollten, was man von ihnen nicht verlangen kann. Ich für meine Person halte es für überaus beklagenswerth, daß das Magistrats-Collegium in dieser Weise wächst, denn es ist zu befürchten, daß es eine solche Ausdehnung nimmt, daß wir nicht mehr im Plenum, sondern wie in anderen großen Städten in Ausschüssen miteinander verhandeln können, was ich nicht für empfehlenswerth halte. Es ist mir sehr schwer geworden, diese Vorlage hier einzubringen. Bei den getrennten Bureauräumen, mit welchen wir uns hier behelfen müssen, ist es sehr umständlich, die Decernate zu trennen, der Besuch der räumlich auseinander liegenden Bureaux würde für die Herren eine große Zeitverschwendung erfordern. Der Redner ging hierauf die Besetzung und Verwaltung der einzelnen Decernate durch und kam zu dem Ergebniß, daß bei jedem die Arbeitslast im Steigen begriffen und bei keinem in absehbarer Zeit eine Entlastung zu erwarten sei. Herr Keruth habe die Vermehrung der Hilfskräfte empfohlen, ich kann mir nach den bisherigen Erfahrungen von der Vermehrung der Assessoren nicht viel versprechen, weil es sich um dauernd zu bewältigende Aufgaben und um allmählich zu erwerbende Detailkenntniß für die Verwaltung handelt. Eine Abhilfe gegen weiteres Anwachsen der Stadtrathstellen kann ich nur in einer anderen Organisation unserer Subalternenbeamtenschaft erblicken. Wir müssen dieselben heranziehen, daß sie eine Reihe von Sachen selbst expediren und dadurch die Decernenten entlasten können. Das kann aber nur im Laufe der Jahre geschehen, denn wir müssen uns derartige tüchtige, geschäftskundige und juristisch geschulte Beamte erst heranziehen. Eine entsprechende Vorlage ist in der Vorbereitung, doch eine Wirkung der Aenderung wird sich vor 5—6 Jahren kaum äußern. So sehr es mir widerstrebte, mit dieser Vorlage jetzt an die Stadtverordneten heranzutreten, ich konnte nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Geschäfte der Stadt nicht ordnungsgemäß geführt werden.

Auch Herr Bürgermeister **Trampe** weist auf die Vermehrung der städtischen Arbeiten hin und macht

namentlich auf die neuen Aufgaben aufmerksam, welche die socialpolitische Gesetzgebung der Stadt auferlegt hat, ferner auf die neuen Verwaltungszweige des Schlacht- und Viehhofes, der Markthalle, Fortbildungsschule, des Elektricitätswerks u. s. w. Es sei zu berücksichtigen, daß von 1874 bis zum vorigen Jahre eine Vermehrung der Magistratsmitglieder nicht stattgefunden habe.

Stadtverordneter A. Klein weist darauf hin, daß es auch den Mitgliedern der Kämmereideputation nicht leicht geworden sei, angesichts der erheblichen Steigerung der Ausgaben im allgemeinen Verwaltungsetat die Creirung der neuen Stadtrathstelle zu befürworten, man sei aber durch die eingehenden Darlegungen des Oberbürgermeisters überzeugt worden, daß die städtische Armen-Verwaltung eine dauernde juristisch gebildete Hilfskraft nicht länger entbehren könne. Persönlich habe er bei der Sache noch ein anderes Bedenken. Den älteren Mitgliedern der Versammlung sei es wohl noch nicht aus der Erinnerung entschwunden, daß vor einigen zwanzig Jahren das Magistrats-Collegium aus 7 besoldeten und 12 unbesoldeten Mitgliedern bestand. Dies dem Gesichtspunkte der Städteordnung wie dem Geiste der Selbstverwaltung entsprechende Verhältniß habe sich mehr und mehr verschoben. Werde die heute beantragte Stelle creirt, dann bestehe der Magistrat aus 11 besoldeten und nur 10 unbesoldeten Mitgliedern. Man habe vor ca. 20 Jahren die zwei Stellen der unbesoldeten Stadträthe vorläufig unbesetzt gelassen, weil man damals keine geeigneten bereitwilligen Candidaten fand. Dabei sei es bis heute geblieben. Redner wünscht, daß wieder versucht werde, geeignete Männer zu finden, sei es, daß mit der Vorbereitung dazu event. die Commission oder der Wahlausschuß der Versammlung beschäftigt werde.

Herr Oberbürgermeister Delbrück: Es scheint mir doch zweifelhaft zu sein, ob es zweckmäßig ist, diese beiden Sachen mit einander zu verbinden. Ein gesetzliches Bedenken liegt gegen den Antrag Klein nicht vor und ich stelle es anheim, eine Anregung an uns gelangen zu lassen. Es ist zu prüfen, ob wir nicht die Zustimmung der Aufsichtsbehörde dazu einholen müssen, jedenfalls ist die Unterstützung von Männern, die in der Praxis stehen, nur mit Freuden zu begrüßen.

Herr Damme stimmt dem Herrn Oberbürgermeister darin bei, daß die Magistratsvorlage im Plenum berathen werden müsse. Es sei unzweckmäßig und dem Wesen der Gemeindeverwaltung nicht entsprechend, den Schwerpunkt der Verhandlungen in die Commissionen zu verlegen. Der Redner erkennt an, daß die Arbeit in der städtischen Verwaltung, und zwar nicht zum wenigsten in Folge der steigenden Anforderungen des Staates an die Gemeinde, immer größer werde und befürchtet, daß nach 3—4 Jahren wiederum die Errichtung einer neuen Stelle nothwendig sein werde. Es müßte deshalb mehr auf die Heranziehung unbesoldeter Stadträthe zu den Decernaten Bedacht genommen werden. Er sehe nicht ein, weshalb nicht Geschäftsleute das Decernat über städtische Betriebseinrichtungen, wie die Gasanstalt, den Schlachthof, die Markthalle, das Elektricitätswerk etc. führen könnten. Juristische Fragen sind überall in jedem Comtoir zu erledigen und doch hält sich wohl selten ein Kaufmann einen Syndicus, das thun nur ganz große Geschäfte. Den unbesoldeten Stadträthen müßte mehr selbständige Arbeit zugeführt werden. Freilich giebt es viele tüchtige Leute, die wie Herr v. Winter einmal sagte „nicht auf den Vorderhufen beschlagen" (Heiterkeit), d. h., nicht so federgewandt wie die Berufsbureaukraten sind. (Zuruf: Analphabeten können doch nicht Stadträthe werden.) Analphabeten allerdings nicht, aber es giebt viele Geschäftsleute, die wohl einen tüchtigen Geschäftsbrief schreiben können, aber nicht im Stande sind, eine Verfügung sogleich zu erlassen, welche Hand und Fuß hat. Das will alles gelernt sein. Der Redner schildert dann, daß so lange er sich erinnern könne, die Herren vom Magistrat stets mit Arbeit überhäuft gewesen seien. Es ist ja auch ganz hübsch, daß die Herren recht viel zu thun haben, dann belästigen sie uns nicht mit bureaukratischen Formalien. Aber es hat doch alles seine Grenzen. Ich bitte deshalb den Herrn Oberbürgermeister, daß er mit uns auf die Suche geht, um geeignete Leute zu finden.

Herr Oberbürgermeister Delbrück weist in humoristischer Weise darauf hin, daß in juristischen Fragen sich auch Juristen manchmal geirrt haben; die Schwierigkeit liege auf einem anderen Gebiete. Er sei häufig gezwungen, mit den Herren Decernenten Rücksprache zu nehmen und dann treffe entweder er die Herren nicht an, oder die Herren könnten wegen seiner starken Besetzung nicht zu ihm gelangen. Es sei ihm deshalb persönlich peinlich, die Herren zu citiren und sie dadurch oft mehrmals vergeblich zu bemühen. Das sei nicht allein hier, sondern auch in anderen Städten der Fall. Ein College habe ihm einmal erzählt, er möchte nur dann mit unbesoldeten Stadträthen zu thun haben, wenn dieselben sich schriftlich verpflichteten, in der Zeit von 10 bis 1 Uhr auf dem Rathhause anwesend zu sein.

Herr Schmidt ist für die Berathung in einer Commission, denn es seien doch Fragen zu erörtern, die nicht in die Oeffentlichkeit gehörten. Es sei schwer, dem zu widersprechen, was hier vorgebracht sei. Danach scheine es, daß die Stadträthe so viel zu thun hätten, daß sie mit beiden Händen schreiben müßten. Vorwiegend sei die pecuniäre Frage im Auge zu behalten, bei unseren schlechten Finanzen muß versucht werden, ob sich die Sache nicht ändern läßt. Wenn die Arbeitslast so groß ist, sollten nicht ein bis zwei Mitglieder des Magistrats längere Zeit in Berlin weilen. Wenn sie keine Zeit haben, so sollten sie parlamentarische Mandate ablehnen. Es ist ja ganz schön, wenn wir gute Fühlung in Berlin haben, aber wenn wir uns das nicht leisten können, dann müssen wir darauf verzichten.

Herr Oberbürgermeister Delbrück: Wenn Sie alle solche Vorlagen einer Commission überweisen und daneben unsere Verpflichtung, allen Commissionen beiwohnen zu müssen, bestehen bleibt, so werden wir um die Anstellung eines Schreiberathes bitten müssen, der während unserer Abwesenheit unsere schriftliche Arbeit macht. Die Mitglieder des Magistrats, welche zeitweise in Berlin weilen, sind der Herr Kämmerer und ich. Ich bin durch das allerhöchste Vertrauen auf Präsentation der Stadt in das Herrenhaus berufen. Ich glaube nicht, daß jemand behaupten wird, daß meine Anwesenheit in Berlin die Errichtung einer neuen Stadtrathstelle nothwendig macht. Von dem Herrn Kämmerer kann ich dasselbe behaupten, wir arbeiten zusammen in Berlin, es erledigt jeder von uns jede größere Vorlage persönlich, und wir sind auch dann noch zu jeder wichtigeren Sitzung hier anwesend. Uebrigens hat nicht einmal die Staatsbehörde das Recht, einem Beamten die Annahme eines Mandates zu verbieten. Die Ausübung des Mandats ist ein verfassungsmäßiges Recht, dessen Ausübung wir niemand verschränken dürfen.

Herr Stadtrath Ehlers setzt auseinander, daß die städtische Finanzlage nicht schlecht, sondern nur schwierig sei und weist dabei auf seine Rede in der letzten Versammlung hin, welche dies eingehend darlegte. Selbstverwaltung ist allerdings theurer, als eine bureaukratische Verwaltung, doch hat diese den Vorzug, daß die Gesammtheit mitarbeitet und daß die Beschlüsse in vielen Instanzen berathen werden und auf einer viel breiteren Grundlage. In rein bureaukratischer Verwaltung ließ sich das viel einfacher und damit billiger machen. Er zweifle aber, daß man damit zufrieden sei. Sehr entschieden weist Redner die Einmischung in sein verfassungsmäßiges Recht als Volksvertreter zurück. Herr Schmidt habe in diesem Punkt seine Competenz als Stadtverordneter überschritten. Meine parlamentarische Thätigkeit geht ihn hier gar nichts an. Ich bin von den Bürgern Danzigs gewählt und wenn Herr Schmidt mich nicht mag, dann braucht er mich nicht zu wählen.

Hr. Davidsohn erklärt sich gegen eine Commissionsberathung und bittet, zunächst über den Antrag Keruth abzustimmen. — Die Herren Mix, Lenz, Schmidt und Dr. Herrmann ziehen ihre Unterschrift unter dem Antrag Keruth mit Rücksicht auf die erhaltenen Aufklärungen zurück, da nun die Vorlage genügend begründet sei. Herr Damme tritt der Aeußerung des Herrn Schmidt betreffs der parlamentarischen Mandats-Ausübung ebenfalls entgegen. Die Stadt habe davon gleichfalls Nutzen. Als im Jahre 1862 die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters vorgenommen werden sollte und die Frage erörtert wurde, ob man von dem Gewählten nicht verlangen solle, er solle auf eine parlamentarische Thätigkeit verzichten, sagte sehr treffend unser damaliger alter College Jebens: „Wenn wir einen tüchtigen Mann bekommen, dann wird er wohl schon ganz von selbst wissen, wie lange er in Berlin bleiben soll. Wenn wir aber das Unglück haben, keinen tüchtigen Mann zu bekommen, dann wird er in Berlin weniger Schaden anrichten als in Danzig." (Heiterkeit.) — Herr Schmidt: Ich übe hier mein Recht als Stadtverordneter aus und wenn Herr Ehlers sagt, daß mich das nichts anginge, ob er Abgeordneter sei, so gebe ich ihm seine Worte zurück und sage, es geht ihn nichts an, wie ich mein Recht als Stadtverordneter ausübe.

Stadtverordneter Klein stellt nun den Antrag, den Magistrat um die Erwägung zu ersuchen, ob die seit längerer Zeit unbesetzt gebliebenen beiden Stellen unbesoldeter Stadträthe nicht jetzt wieder zu besetzen seien. Er wolle mit diesem Antrage eine Höflichkeit gegen den Magistrat üben, da dieser eine solche Erwägungsanregung gewünscht habe. Rechtlich stehe wohl der Versammlung die Besetzung zu, da sie früher nur die Ausübung ihres Wahlrechts für die beiden Stellen auf unbestimmte Zeit suspendirt, nicht aufgegeben habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Davidsohn und Dr. Liévin wurde der Antrag auf Commissionsberathung — den Hr. Keruth, weil auf einige Momente abberufen, nicht zurückziehen konnte — einstimmig abgelehnt und ebenso die Stadtrathstelle beschlossen, demnächst auch die Klein'sche Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Ferner wird beschlossen, zwei neue Bureauassistentenstellen für das erste und zweite Magistrats-Bureau mit je 1500 Mark Jahresgehalt und eine fünfte Aufseherstelle für das Arbeits- und Siechenhaus mit 1475 Mark in den Etat einzustellen.

Für die **bakteriologische Anstalt** der Stadt erweist sich nach dem Abgang des früheren freiwilligen Assistenten die Anstellung eines Assistenzarztes als nothwendig, da in der Zeit vom 2. Februar bis 15. November 1897 die Zahl der Untersuchungen auf 1192 (gegen 825 in der gleichen Zeit des Vorjahres) gestiegen ist, aber auch die Inanspruchnahme dieses Instituts für die allgemeine Hygiene und vorbeugende Maßregeln gegen epidemische Krankheitserscheinungen dringend wünschenswerth ist und für die Stadt vielfach von Nutzen sein könnte. Für die Besoldung des neuen Assistenzarztes werden nach dem Antrage des Vorstehers der Anstalt 1200 Mk. bewilligt.

Eine weitere Vorlage des Magistrats betrifft die in den letzten Jahren immer dringlicher gewordene **Reorganisation des Krankenpflegepersonals am Olivaerthor-Lazareth.** Die Vorlage erkennt an, daß das jetzige dortige Wärterpersonal selbst den niedrigen Anforderungen nicht genügt. Die Einführung von Schwestern des Diakonie-Vereins zu Herborn, die sich am Lazareth in der Sandgrube bewährt hat, ist aber hier wegen Mangels an geeigneten Räumen nicht ausführbar. Es soll nun die Zahl der Wärterinnen von 13 auf 18 erhöht und 5 Dienstmädchen sollen eingestellt werden, um den Wärterinnen die gröbsten Arbeiten abzunehmen. Ferner will man versuchen, durch Erhöhung der Löhne und ein allmähliches Ansteigen derselben mit den Dienstjahren besseres Personal heranzuziehen, gute Kräfte dauernd an die Anstalt zu fesseln. Demnach sollen neben freier Station die fünf Oberwärter resp. Oberwärterinnen 500—700 Mk., achtzehn Wärterinnen 180 bis 300 Mk., zwei Wärter 240 bis 360 Mk., die fünf Dienstmädchen 144 bis 180 Mk. Jahreslohn erhalten. Die dadurch entstehenden Mehrausgaben werden für den Etat pro 1898/99 zunächst 5382 50 Mk. betragen. Auch dieser Antrag findet einstimmige Annahme.

Alsdann gelangt der Finalabschluß der Kämmereikasse pro 1896/97 zur Vorlage, mit welchem nach einem früher gefaßten Beschluß eine etwaige Berathung über den vom Magistrat im April v. Js. vor Feststellung des Hauptetats erstatteten umfangreichen Bericht über den Stand der Angelegenheiten am Schlusse des Geschäftsjahres 1896/97 verbunden werden sollte. Von letzterem nahm die Versammlung jedoch mit Rücksicht auf die Länge der verflossenen Zwischenzeit Abstand.

Der Vorsteher des Rechnungsbureaus der städtischen Verwaltung, Herr Frohnert, soll mit Rücksicht auf sein Dienstalter, seine Qualification und seine Leistungen den Rendanten der beiden städtischen Kassen gleichgestellt und demgemäß in die erste Kategorie der vor einigen Jahren für die Gehaltsbezüge der städtischen Subalternbeamten aufgestellten Altersstufentafel eingereiht werden. Das seinem Dienstalter entsprechende Gehalt würde hier 4600 Mk. betragen, während es zur Zeit nur 4300 Mk. beträgt. Es wird daher eine Erhöhung um 300 Mk. beantragt und beschlossen.

In nichtöffentlicher Sitzung erklärt die Versammlung sich mit der Anstellung des Civilanwärters Arthur Jochem als Bureau-Assistent einverstanden und bewilligt dann einstimmig folgende Gehaltserhöhungen: dem Stadtrath Dr. Bail von 5100 auf 5600 Mk., dem Stadtbaumeister Wattmann von 4800 auf 5100 Mk., dem technischen Secretär Klein und dem technischen Assistenten Kulemann je 200 Mk., den Bauwarten Putzke, Andres und Bock II. je 150 Mk., den Bauwarten Ehlert und Palingowski je 100 Mk., dem Röhrenmeister Henckel 150 Mk., dem Quellenaufseher Ising 200 Mk., dem Schlacht- und Viehhof-Director Schieferdecker von 4000 auf 4500 Mk., dem ersten Thierarzt des Schlacht- und Viehhofes von 2400 auf 2700 Mk., den drei Hallenmeistern und dem Sanitätsschlächter je 150 Mk., dem Arbeitshaus-Oberinspector Wietzki von 3650 auf 3900 Mk., den Lazareth-Inspectoren Dilla und Ewert je 150 Mk.

---

* **[Nautischer Vereinstag.]** Der diesjährige Vereinstag ist auf den 21. und 22. Februar d J. nach Berlin einberufen worden. Für die Tagesordnung sind bis jetzt folgende Gegenstände ausersehen: 1. Ausbau der deutschen Kriegsflotte; 2. Seemannsordnung; 3. Vertheilung des Berge- und Hilfslohns; 4. Abblendung der Seitenlichter; 5. Schiedsgerichte zur Entscheidung von Ansprüchen aus Collisionen; 6. Bildung eines Rechtsschutzvereins für Rheder.

* **[Zeitungsjubiläum.]** Gestern konnte das hier im Verlage des Herrn H. F. Boenig erscheinende Organ der Centrumspartei, das „Westpreußische Volksblatt", auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Am 11 Januar 1873 erschienen die beiden ersten Nummern des Blattes, welches jeden Mittwoch und Sonnabend, also nur zweimal wöchentlich herauskam und aus einem früher erschienenen vorwiegend kirchlichen Wochenblatt, das der damalige Pfarrer in Danzig Dr. Redner (jetzt Bischof in Pelplin) herausgab, hervorgegangen war. Am 1. Januar 1875 begann die junge politische Zeitung wöchentlich dreimal zu erscheinen und am 1. April desselben Jahres trat sie bereits in die Reihe der täglich erscheinenden Blätter. Der Verleger und Leiter des „Westpr. Volksblatts" war einst ein geschätztes Mitglied des A. W. Kafemann'schen Druckereigeschäfts, das dem tüchtigen Collegen auch ferner erfreuliche geschäftliche Erfolge wünscht.

* **[Neue Verkehrsstraße.]** Zu dem neuen Mörtelwerk des Herrn Upleger unterhalb des Dorfes Zigankenberg wird seitens der Gemeinde dieses Dorfes an Stelle des alten, zu manchen Jahreszeiten absolut unfahrbaren Hohlweges ein neuer mit Kopfsteinen gepflasterter Weg in einer Breite von 10 Metern angelegt. Die Arbeiten hierzu sind seit 14 Tagen in Angriff genommen und es soll die 1500 Meter lange Straße, welche direct in das Dorf Zigankenberg führt, bereits am 1. Mai d. J. dem Verkehr übergeben werden. Besonders zu Statten kommt diese langersehnte Straße den angrenzenden Besitzungen, da die dortigen Baustellen sich demnächst zu Fabrikanlagen und Wohnhäusern besonders eignen dürften, zumal die Straße ebenfalls elektrisch beleuchtet wird und die anliegenden Grundstücke Anschluß an die neue Wasserleitung erhalten.

* **[Bau eines neuen Bierpalastes.]** An der Fundamentirung des zu errichtenden neuen Bierpalastes der Münchener Bierbrauerei „Löwenbräu" auf dem Terrain des ehemaligen „Deutschen Hauses", das bekanntlich Herr Regierungs-Baumeister Schade aus Tilsit käuflich erworben hat, wird nunmehr eifrig gearbeitet. Es sind hierbei allein ca. 2000 Cubikmeter Erdreich auszuheben; diese Arbeiten, welche Herrn Max Rabowski-Halbe Allee übertragen worden sind, machen insofern besondere Schwierigkeiten, als man auf eine gewaltige Mauer, das Fundament der ehemaligen „Silberhütte" gestoßen ist, die eine Breite von etwa 3 Meter hat. Gleichwohl sollen die Arbeiten Ende dieses Monats beendet sein, so daß dann mit dem eigentlichen Hausbau begonnen werden kann.

* **[Ordensverleihung.]** Dem Oberforstmeister Hellwig in Gumbinnen ist die königliche Krone zum rothen Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

C. **Neufahrwasser,** 11. Jan. Seit gestern ist das Postamt in Neufahrwasser mit dem am Hause des Kaufmanns Tugneser angebrachten Briefkasten umgezogen und zwar nach dem gleichfalls am dortigen Markte gelegenen Hause des Kaufmanns Jobel. Demselben soll künftighin auch der amtliche Verkauf der Postwerthzeichen übertragen werden.

Aus der Provinz.

z **Pr. Stargard,** 11. Jan. Auf dem hiesigen Standesamte sind in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 300 Geburten (152 männlich, 148 weiblich), 221 Sterbefälle (106 männlich und 115 weiblich) und 45 Eheschließungen angemeldet worden.

♂ **Marienwerder,** 11. Jan. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zum Stadtverordneten-Vorsteher Herr Buchhändler Böhnke, zu dessen Stellvertreter Herr General-Landschaftssecretär Raschke, zum Schriftführer Herr Kaufmann Siebert und zu dessen Stellvertreter Herr Oberlehrer Zwerg einstimmig wiedergewählt. Wie in derselben Sitzung mitgetheilt wurde, sind die Aussichten, das für unsere Provinz geplante Central-Gefängniß hierher zu bekommen, leider sehr geringe. Das Gefängniß soll nur nach einer Stadt gelegt werden, welche Wasserleitung besitzt und zu diesen Glücklichen zählt Marienwerder bisher leider nicht.

)(**Stolp,** 11. Jan. Die gestern in der Ortschaft Ludwigslust bei Stolp abgehaltene Versammlung des Bauernvereins „Nordost" verlief wieder recht stürmisch. Trotzdem nur die Mitglieder des Bauernvereins „Nordost" und deren Freunde geladen waren, hatte sich doch auch zu dieser Versammlung eine Anzahl Mitglieder des „Bundes der Landwirthe" eingefunden, aus deren Reihen die Versammlung vielfach gestört wurde. Wohl in Folge dessen ließ die Versammlung den conservativen Amtsvorsteher Wenzlaff, als diesem das Wort ertheilt wurde, nicht zu Wort kommen.

Königsberg i. Pr., 9. Jan. Ein seltenes Jubiläum feiert in diesem Jahre Herr v. Perbrandt in Langendorf bei Tapiau, der Landtagsabgeordnete für Labiau-Wehlau. Es ist nämlich, der „W. Z." zufolge, gerade 500 Jahre her, daß Langendorf in den Besitz seiner Familie kam.

Königsberg 10. Jan. Mit dem **Neubau unserer königlichen und Universitätsbibliothek** scheint es jetzt Ernst werden zu wollen. Wie schon mitgetheilt wurde, sollen 400 000 Mk. für diesen Zweck als erste Rate auf den diesjährigen Staatshaushalt gebracht werden und den Bewohnern der Häuser, an deren Stelle sich das neue Gebäude erheben wird, ist bereits zu Michaeli gekündigt. Der Neubau soll auf einem Platze im Mitteltragheim, auf den ehemaligen Hensche'schen Gründen errichtet werden, der schon längst für diesen Zweck angekauft ist. — Die neuen Strecken der **elektrischen Straßenbahn** werden wahrscheinlich noch Ende dieses Monats eröffnet werden. Die 19 neuen Motorwagen sind bereits eingetroffen. — Das **elektrische Boot,** das die Fähre an der Grünen Brücke ablösen soll, dürften schon im Frühjahr in Betrieb gesetzt werden. Die Kosten belaufen sich auf 15 000 Mk.

Vermischtes.

Das Rauchen der Frauen in England.

Das Festmahl, welches die Stadtvertretung Londons am 5. Januar den neugewählten Mitgliedern der Londoner Schulaufsichtsbehörde gab, brachte eine Streitfrage zur Entscheidung, welche seit Monaten die führenden Kreise der englischen Frauenbewegung in Aufregung gehalten hatte. Man stritt darum, ob den Damen, welche in amtlicher Eigenschaft an öffentlichen Festmahlen Theil nehmen, das Rauchen gestattet sei, sobald auch die männlichen Theilnehmer zur Cigarre oder Cigarette greifen. Seitens der betheiligten Männerwelt war ebenfalls das Nichtrauchen der Damen bei solchen Gelegenheiten oft als lästige Fessel betrachtet worden, denn nach der bisher geltenden Etiquette hätten sich bei derartigen Festen auch die männlichen Theilnehmer des Rauchens enthalten müssen; andererseits sahen die Vertreterinnen der Emancipation in dem Rauchverbot für Damen gerade in diesen Fällen eine Beeinträchtigung der ihnen sonst gewährten Gleichberechtigung. Das Festmahl hat nun aber den Streit endgiltig entschieden; denn als nach dem letzten Gange einzelne Herren zu rauchen begannen, erhob sich die Sprecherin der sieben weiblichen Mitglieder des Schulcuratoriums und erklärte, daß sie mit ihren anwesenden Colleginnen übereingekommen sei, ebenfalls zu rauchen. Die Herren hätten demnach keine Veranlassung mehr, sich durch die Rücksicht auf die Damen irgend welche Beschränkung im Rauchen aufzuerlegen. In der englichen Presse wird dieser Entschluß der Damen im allgemeinen zustimmend beurtheilt. Einige begeisterte Verfechter der Frauenemancipation sind über die Unerschrockenheit der sieben Schulcuratorinnen derart entzückt, daß sie jeder derselben eine goldene Cigarettendose zu widmen beschlossen.

Kleine Mittheilungen.

* **[Mordversuch im Zuchthaus.]** Am Sonnabend versuchte ein Sträfling im Auer-Zuchthaus bei München einen Aufseher zu tödten, wobei er ihm fünf Stiche beibrachte. Der sich mit dem Säbel vertheidigende Aufseher verletzte den Sträfling am Kopfe und an einem Arme schwer, so daß ein Auge verloren ist und der Arm noch im Laufe des Nachmittags amputirt werden mußte. Der Gefangene Unverzart ist zu einer längeren Zuchthausstrafe verurtheilt, von der er bereits einige Jahre abgebüßt hat. Wegen grober Unbotmäßigkeit gegen die Aufseher und Unverträglichkeit mit den Mitgefangenen wurde kürzlich über ihn die Disciplinarstrafe der Einzelhaft verhängt. Wegen neuerlicher Frechheiten wurde er in letzter Zeit wiederholt von dem Aufseher Schwarz zur Anzeige gebracht. Als ihn nun Sonnabend Mittag Schwarz, wie es täglich zu geschehen hat, zum Spaziergang ins Freie lassen wollte, stürzte sich Unverzart auf den Aufseher, der sich eines Angriffes nicht versah, und brachte ihm mit der Scheere fünf Stichwunden bei.

* **[Die nächste Hofjagd]** soll auf Buckower Terrain am 15. d. Mts. stattfinden. Wie es heißt, wird sich der **Kaiser** hieran betheiligen.

Kattowitz, 11. Jan. (Tel.) Hier ist der **Flecktyphus** ausgebrochen.

Standesamt vom 11. Januar.

Aufgebote: Brunnenmacher Franz Lemke hier und Martha Bloy zu Schwersenz. — Besitzerssohn Joseph Jopischke zu Borsyszkowo und Marianna Magdalena Trzecinski zu Pyaschen Abbau. — Arbeiter Franz Laskowski und Johanna Maria Fischer zu Berlin. — Tischlergeselle Johann Martin Müller hier und Julianne Heinzius, geb. Trick, zu Klein-Trampken. — Arbeiter Stanislaus Pluminski zu Alt-Pakczyn und Agnes Piotrowska zu Nidom Gut. — Schmied Franz Xaver Glombin hier und Clara Marie Bieschke zu Warblin. — Heizer Carl Rudolf Spitzkowski und Marie Wilhelmine Schiskowski, beide hier.

Heirathen: Königl. Bataillons-Büchsenmacher im Füsilier-Regiment General-Feldmarschall Graf Moltke Hugo Eichler zu Glatz und Martha Achenbach hier. — Malergehilfe Friedrich Nickel und Helene Borowski. — Fabrikarbeiter Johann Gottlieb Krause und Marianna Konkol, sämmtlich hier.

Börsen-Depeschen.

Frankfurt, 11. Jan. (Abendbörse.) Oesterreichische Creditactien $301\frac{1}{4}$, Franzosen $297\frac{1}{2}$, Lombarden $72\frac{5}{8}$, ungar. 4% Goldr. —, italienische 5% Rente 94,50. — Tendenz: still.

Paris, 11. Jan. (Schluß-Course.) Amort. 3% Rente 103,25, 3% Rente —, ungar. 4% Goldrente —, Franzosen 737,00, Lombarden 198, Türken 22,42. — Tendenz: fest. — Rohzucker: loco $29\frac{1}{2}$, weißer Zucker per Jan. $31\frac{3}{4}$, per Febr. 32, per März-Juni $32\frac{3}{8}$, per Mai-August $32\frac{3}{4}$. — Tendenz: ruhig.

London, 11. Jan. (Schlußcourse.) Engl. Consols $112\frac{13}{16}$, $3\frac{1}{2}$% preuß. Consols —, 4% Russen v. 1889 $103\frac{1}{2}$, Türken $22\frac{1}{8}$, 4% ungar. Goldrente $101\frac{1}{4}$, Aegypter $106\frac{3}{4}$, Platz-Discont $2\frac{1}{2}$, Silber $26\frac{1}{2}$. — Tendenz: fest. — Havannazucker Nr. 12 $11\frac{5}{8}$, Rübenrohzucker $9\frac{5}{16}$. — Tendenz: stetig.

Petersburg, 11. Jan. Wechsel auf London 3 M. 93,75.

Newyork, 10. Jan. Abends. (Tel.) Weizen eröffnete stetig und schwächte sich im Verlaufe ab auf ungünstige europäische Marktberichte sowie auf Abgaben der Haussiers und weil die sichtbaren Vorräthe geringer abgenommen hatten als erwartet wurde. Der Schluß war willig. Mais schwächte sich nach der Eröffnung auf bedeutend zunehmende sichtbare Vorräthe ab, später führte unbedeutendes Angebot eine Reaction herbei, welche jedoch durch abermaliges Nachgeben der Preise entsprechend der Mattigkeit des Weizens verdrängt wurde. Der Schluß war willig.

Newyork, 10. Jan. (Schluß-Course.) Geld für Regierungsbonds, Procentsatz $2\frac{1}{2}$, Geld für andere Sicherheiten, Procentsatz $3\frac{1}{2}$, Wechsel auf London (60 Tage) $4,82\frac{3}{4}$, Cable Transfers $4,85\frac{5}{8}$, Wechsel auf Paris (60 Tage) $5,20\frac{5}{8}$, do. auf Berlin (60 Tage) $94\frac{9}{16}$, Atchison-, Topeka- und Santa-Fé-Actien $12\frac{7}{8}$, Canadian Pacific-Actien $86\frac{1}{8}$, Central Pacific-Actien $11\frac{3}{4}$, Chicago-, Milwaukee- und St. Paul-Actien $95\frac{1}{2}$, Denver und Rio Grande Preferred $46\frac{1}{2}$, Illinois-Central-Actien $106\frac{3}{4}$, Lake Shore Shares $175\frac{1}{2}$, Louisville- u. Nashville-Actien $56\frac{1}{4}$, Newy. Lake Erie Shares $14\frac{7}{8}$, Newyork Centralb. $109\frac{1}{2}$, Northern Pacific Preferred (neue Emission) $62\frac{5}{8}$, Norfolk and Western Preferred (Interimsanleihescheine) $46\frac{3}{4}$, Philadelphia and Reading First Preferred $51\frac{1}{2}$. Union Pacific Actien $28\frac{1}{4}$. 4% Ver. Staaten-Bonds per 1925 129. Silber-Commerc. Bars $56\frac{7}{8}$. — Waarenbericht. Baumwolle-Preis in Newyork $5\frac{15}{16}$, do für Lieferung per Februar 5,77, do. für Lieferung per April 5,85, Baumwolle in New-Orleans $5\frac{5}{16}$. Petroleum Stand. white in Newyork 5,40, do. do. in Philadelphia 5,35, Petroleum Refined (in Cases) 5,95, do. Credit Balances at Oil City per Januar 65. — Schmalz Western steam 5,00, do. Rohe u. Brothers 5,30. — Mais, Tendenz: willig, per Januar $32\frac{7}{8}$, per Mai 34. — Weizen, Tendenz: willig, rother Winterweizen loco $100\frac{1}{8}$. Weizen per Januar $97\frac{7}{8}$, per Febr. $96\frac{7}{8}$, per März $95\frac{3}{4}$, per Mai $92\frac{1}{8}$. Getreidefracht nach Liverpool $3\frac{1}{2}$. — Kaffee Fair Rio Nr. 7 $6\frac{1}{4}$, do. Rio Nr. 7 per Febr. 5,60, do. do. per April 5,75. — Mehl, Spring-Wheat clears 3,95. — Zucker $3\frac{3}{4}$. — Zinn 13,75. — Kupfer 10,85.

Newyork, 10. Jan. Visible Supply an Weizen 38 863 000 Bushels, do. an Mais 39 518 000 Bushels.

Chicago, 10. Jan. Weizen, Tendenz: willig, per Jan. 91, per Mai $90\frac{1}{2}$. — Mais, Tendenz: willig, per Jan. $26\frac{1}{2}$. — Schmalz per Januar $4,67\frac{1}{2}$, per Mai 4,80. — Speck short clear $4,87\frac{1}{2}$. Pork per Jan. $9,17\frac{1}{2}$.

Rohzucker.

(Privatbericht von Otto Gerike, Danzig.)

Danzig, 11. Jan. Tendenz: ruhig. 9,05 M incl. transito franco Gd.

Magdeburg, 11. Jan. Mittags 12 Uhr. Tendenz: stetig. Januar 9,35 M, Februar $9,42\frac{1}{2}$ M, März 9,50 M, Mai $9,62\frac{1}{2}$ M, August $9,77\frac{1}{2}$ M, Oktbr.-Dezember $9,62\frac{1}{2}$ M.

Abends 7 Uhr. Tendenz: ruhig. Jan. 9,35 M, Febr. 9,40 M, März $9,47\frac{1}{2}$ M, Mai $9,62\frac{1}{2}$ M, August $9,77\frac{1}{2}$ M, Oktober-Dezember $9,62\frac{1}{2}$ M.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 11. Januar. Wind: WSW.

Angekommen: Gefle (SD.), Blohm, Hamburg, Salpeter.

Gesegelt: Mlawka (SD.), Kutscher, London. Zucker.

Nichts in Sicht.

Hotel Drei Mohren. Rother a. Leobschütz. Appel, Ramin a. Rathenow, Kessel, v. Winkler, Bärwald, Levy, Braun a. Berlin, Michaelis a. Köln, Reinshagen a. Elberfeld, Wenzel, Zinke a. Leipzig, Kaufleute.

Verantwortlich für den politischen Theil, Feuilleton und Vermischtes Dr B Herrmann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Inseratentheil A. Klein, beide in Danzig.

Familien-Nachrichten.

Heute Morgen 4½ Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Selma Molkentin

im 53. Lebensjahre.

Dieses zeigen tief betrübt an (3199

Danzig, 11. Januar 1898

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 14. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des neuen St. Katharinen-Kirchhofes an der Allee aus statt.

Amtliche Anzeigen.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Fleischermeisters **Ernst J. Leimert** in Langfuhr, Hauptstraße Nr. 63, ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters eine Gläubigerversammlung auf

den 21. Januar 1898, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst, Zimmer Nr. 42 des Gerichtsgebäudes auf Pfefferstadt, bestimmt. (629

Danzig, den 8. Januar 1898.

Dobratz,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts XI.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Maurer- und Zimmermeisters **Otto Unterlauf** in Danzig, Lastadie Nr. 35 a, hat der Gemeinschuldner gemäß § 188 der Concursordnung die Einstellung des Concursverfahrens beantragt.

Allen Concursgläubigern, welche bis zum Ablauf einer mit dieser Bekanntmachung beginnenden Frist von einer Woche ihre Forderung angemeldet haben, steht das Widerspruchsrecht gegen den Antrag zu. (635

Danzig, den 10. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht 11.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Ohra Blatt 22 und Blatt 172, auf den Namen des Eigenthümers **Rudolf Raabe** und seiner gütergemeinschaftlichen Ehefrau **Johanna**, geb. **Waldau**, eingetragenen, zu Ohra und zwar Blatt 22 Nr. 411, belegenen Grundstücke

am 16. März 1898, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit Blatt 22 — 44,28 ℳ, Blatt 172 — 156,42 ℳ Reinertrag und einer Fläche von Blatt 22 — 0,6790 Hektar, Blatt 172 — 4,4370 Hektar zur Grundsteuer, Blatt 22 auch mit 1299 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Aufforderung zum Bieten anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 17. März 1898, Vormittags 11 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden.

Danzig, den 7. Januar 1898. (626

Königliches Amtsgericht XI.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Gollub Haus Band IV, Blatt 164, Gollub Erbpachtsgarten Band VIII, Blatt 165, Gollub Acker Band X, Blatt 52, auf die Namen des Schmiedemeisters **Anton Kurzenski** und des **Maximilian Tucholski** eingetragenen, zu Gollub belegenen Grundstücke

am 3. Februar 1898, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 23,59 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 3,98.38 Hektar zur Grundsteuer, mit 595 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 4. Februar 1898, Vormittags 10 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Gollub, den 9. November 1897. (516

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Schönwalde Band 73 IV, Blatt 3, auf den Namen des Landwirths **Anton v. Bychowski** aus Schönwalde eingetragene, zu Schönwalde belegene Grundstück

am 14. Februar 1898, Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 10, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 5 Thlr. 13 ct. Reinertrag und einer Fläche von 10 ha 40 ar 60 qm zur Grundsteuer, mit 159 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I, Zimmer Nr. 15, eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 16. Februar 1898, Vormittags 10 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden.

Neustadt Westpr., den 3. Dezember 1897. (370

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Verwaltungsjahr vom 1. April 1898 bis letzten März 1899 soll der Bedarf an Bekleidungsmaterialien, Wäschestücken, Lagergegenständen, Tabak, Cigarren, Beleuchtungs- und Reinigungsmaterial nach Maßgabe der aufgestellten Bedingungen und der darin annähernd bezeichneten Quantitäten im Wege der Submission vergeben werden.

Versiegelte Offerten mit entsprechender Aufschrift z. B. „Submission auf Bekleidungsmaterialien" sind bis zu dem auf

Freitag, den 4. Februar 1898, Vormittags 11 Uhr,

im hiesigen Bureau anberaumten Termine frankirt einzureichen. Die Lieferungsbedingungen liegen im Bureau zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Copialien von 50 Pfg. bezogen werden. (490

Schwetz, den 5. Januar 1898.

Provinzial-Irren-Anstalt.

Bekanntmachung.

Bei dem Lusiner Darlehns-Kassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, ist heute im Genossenschaftsregister eingetragen worden, daß **Philipp Bibrach** zu Hedille aus dem Vorstande ausgeschieden ist. (591

Neustadt Wpr., den 5. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist bei folgenden Firmen: Nr. 142 — **E. Schwarz**, Nr. 179 — **Marie Annussek**, Nr. 21 — **Anton von Mach**, Nr. 156 — **A. Schwabe** am 4. bezw. 8. bezw. 19. Dezbr. 1897 bezw. am 3. Januar 1898 deren Erlöschen vermerkt worden.

Neustadt Westpr., den 3. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht. (592

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **D. Robert jun.** zu Graudenz wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Graudenz, den 7. Januar 1898. (607

Königliches Amtsgericht.

Vermischtes.

Geldverkehr.

Suche 40 000 Mk.

z. 1. St., ⅔ d. reell. W. abschließ. Abr vom Selbstdarleiher unt. **B. 379** an d. Exped. d. Ztg. erb.

15 000 ℳ 5 % ländl. Hyp. zu cediren. N. Holzmarkt 7, i. Comt.

An- und Verkauf.

Zoppot.

2 neue gut gebaute Häuser

mit Garten sofort zu verkaufen. Adressen unter **B. 176** an die Expedition dieser Ztg. erbeten.

Häcksel-Verkauf.

Roggen-Stroh-Häcksel wird a 2 ℳ pro Centner nach Danzig geliefert und Bestellung p. Karte erbeten in (161

Kleinhof per Praust.

Ein gutgehendes

Materialwaaren-Geschäft

wird in Danzig oder Umgegend zu pachten gesucht.

Offert. mit Preisangabe unter **B. 353** an die Exp. d. Ztg. erb.

Suche

ein klein. Grundstück

in der Stadt oder Umgegend, mit auch ohne Land, zu kaufen.

Offerten mit Preisangabe unt. **B. 354** an d. Exp. d. Ztg. erbet.

Klavier (Tafelform.), gut erh., zu verk. Brandgasse 9 b, 1 Tr.

1 gr. Sparherd ist 3. Damm 9, 1 Treppe zu verkaufen.

Patentflaschen werden gekauft Brausendes Wasser 4.

1 Decimalwaage bis 2 Ctr. u. **1 Tafelwaage** bis 20 Pfund Tragkraft zu kaufen gesucht. Off. u. **B. 395** a. d. E. d. Z. erb.

Mädchenpaletot u. Pelzgarnitur sind bill. zu verk. Breitgasse 106, I.

Stellen-Gesuche.

Stuckateur,

15 Jahre in einem der größten Stuckgeschäfte Berlins thätig, die letzten 12 Jahre zur Stütze des Prinzipals als praktischer Leiter der Werkstattarbeiten, selbstst. n. Zeichnung arbeitend, praktisch erfahren in der Anfertigung von Architectur-Modellen verkleinert. Maaßstabes, sowie Bauarbeiten, sucht dauernde evtl. Vertrauensstellung. Adr. unter **B. 387** an die Exped. d. Zeitung erbeten.

Zur Erlernung der Landwirthschaft w. f. ein junges Mädchen passende Stellung mit Familienanschluß gesucht. (3194

Offerten u. **B. 391** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Empf. e. einf. jüng. Landwirthin, die gut bürgerl. kochen k. u. die Landwirthsch. verst., selbige will auch mitmelken, außerd. e. bess. j. Mädchen f. Conditorei u. Hilfe im Geschäft, selb. verst. die feine Küche auch Maschine nähen. **A. Weinacht, Brodbänkeng. 51.**

Eine Erzieherin, musikalisch u. berechtigt den ersten Unterricht zu ertheilen, sucht Stellung zum 1. April 1898. (3196

Off. u. **B. 339** a. d. Exp. d. Ztg. erb.

Für 5 Kinder im Alter von 2½ bis 9 Jahren suche ich zum 1. März eventl. früher eine

Kindergärtnerin

1. Klasse,

welche auch den ersten Klavierunterricht ertheilen kann.

Photographie und Zeugnißabschriften erbeten. (600

Frau **N. Conitzer.**
Marienwerder.

Stellen-Angebote.

Stadtreisender gesucht

für den Besuch d. Bäckerkundschaft und Mehlhändler.

Offert. mit Angabe der bisherigen Thätigkeit und Gehaltsforderung sub B. 370 an die Exp. d. Ztg. erb.

Gebildetes, nicht zu junges

Mädchen,

im Kochen, Glanzplätten erfahren u. in Handarbeit geübt, wird als Stütze der Hausfrau gesucht durch d. V.-B. **„Frauenwohl"**, Gr. Gerbergasse 6, von 10—1 Uhr Vormittags.

Bekannte dtsche. **Vers.-Gesellschaft**, welche Kinderversicherung und auch Abgelehnte **ohne ärztl.** Untersuchung aufnimmt, **sucht** für **Danzig und Umgegend** tüchtige

Generalagenten

gegen **hohe Bezüge.** (3200

Offerten unter **B. 396** an die Expedition dieser Zeitung erb.

Suche von sofort einen kath., deutsch und polnisch sprechenden

Hauslehrer

für 2 kleine Kinder. Gehalt nach Uebereinkunft. (156

Ostrow Lewark, per Stuhm, den 28. Dezember 1897.

P. Majewski,
Gutsbesitzer.

Eine in der **Provinz Westpreußen** gut eingeführte, durchaus solide und leistungsfähige

Hagel-Versicherungs-Gesellschaft

sucht für die **Organisation und Acquisition** unter günstigen Bedingungen eine tüchtige, bewährte, landwirthschaftlich gebildete und

durchaus gewandte Kraft,

die über einen ausgedehnten Bekanntenkreis unter der Landbevölkerung verfügt. Bei erwiesener Brauchbarkeit erfolgt baldige definitive Anstellung, sowie Verwendung bei der Schadenregulirung.

Die Stellung ist gut dotirt und dauernd.

Es wird **daher nur auf eine hervorragende, wirklich leistungsfähige erste Kraft** reflectirt.

Ausführliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Referenzen unter **B. 392** an die Expedition dieser Zeitung erbeten. (625

Emil Werckmeister

Bromberg,

Weingroß-Handlung,

sucht per sofort, spätestens per 1. April cr., einen

Reisenden

für Ostpreußen, Westpreußen und Posen gegen hohes Gehalt und Reisespesen. Bewerbung mit Abschrift der Zeugnisse und Photographie erbeten. (427

Gesucht ein gewandter

Verkäufer

fürs optische und nautische Fach; derselbe muß mit Brillen-Reparaturen etc. vertraut sein. Gefl. Offerten unter **A. E., Hamburg,** Admiralitätstraße 38. (595

Zu vermiethen.

Zoppot, II. Parkstraße 21,

vorz. herrsch. Winterw., 5 Zimm., Badez. u. Zub., Eintr. i. d. gr. G., p. 1. April zu verm. Näh. das. part.

Zoppot, Danzigerstraße 51, ist eine schöne Wohnung v. 4 Zimm., Veranda, Vorgart., Waschk. etc., auf W. a. geth., v. 1. April bill. zu verm. N. das. in d. Lederhdlg., N. v. 3 Uhr, u. Danzig, 4. Damm 3.

Langfuhr, Hauptstraße Nr. 87, ist eine Wohnung, best. a. 4 Z., Küche, Entree, Veranda, Garten u. s. w. zu vermiethen. (564

Schäferei 12—14

sind 2 herrsch. Wohnungen je 4 Z., Badeeinr., Zub., sow. 1 Wohn. v. 2 Zim. nebst Zub. v. 1. Apr. cr. zu verm. Näher. parterre rechts.

Mattenbuden 9,

6 Zimm., Mädchengel., Waschküche u. sonst. Zub. p. 1. Apr. cr. zu v. Spaete, Mattenbuden 9, part.

Hundegasse 123

ist die 2. Et., 4 Z. mit Zub. zum 1. April d. J. f. 1000 ℳ z. verm. Zu besehen von 10—1 Uhr.

Langgasse 37 2. Et. fur 800 ℳ und **Hundegasse 103** 2. Et. für 750 ℳ per April zu vermiethen. Näheres Hundegasse Nr. 103 im Comtoir. (599

E. Wohn. v. 10 Zimm., Veranda, u. e. Wohn. v. 6 Zimm., Veranda u. viel. Zubeh. v. 1. April z. verm. Besichtigung von 11—1. Näher. nur Jäschkenthal Nr. 21, part.

Pfefferstadt 1,

dicht am Hauptbahnh., ist die erste Etage, 4 Zim. u. Zubeh., z. verm. Näheres daselbst 3 Treppen.

1 herrsch. Wohnung

ist in der Heil. Geistgasse 1 Tr. hoch, vom 1. April zu vermieth. oder auch von gleich zu beziehen. Näh. Heil. Geistgasse 85, part.

Olivaerthor 17 ist 1 fr. Wohn. v. 2 Zimmern m. reichl. Zub. z. v.

Ein Comtoir Ketterhagerg. 1, 1 Treppe zu vermiethen.

Hundegasse 92 sind die unten belegenen Räumlichkeiten, zum Comt. geeignet, zu verm. Näheres daselbst eine Treppe im Bureau.

Fein möbl. Zim. nebst Kab. zu vermieth. Altst. Graben 29/30, I.

Miethgesuche.

Aeltere Dame, Lehrerin, sucht unmöblirte **Wohnung**, bestehend aus Zimmer, Kabinet u. Zubehör. Offerten unter **B. 389** an die Exped. dies. Zeitung erbeten.

1 Wohnung, 4 Zimm., Altstadt gesucht. Lastadie 16/18, 2 Tr.

Eine größere **Wohnung**, 6—7 Zimmer, Nähe des Bahnhofes zum 1. April gesucht. (3195

Adressen unter **B. 390** an die Expedition dieser Zeitung erbet.

Ges. p. 1. April cr. St. u. K. od. 2 Stübch., Rechtst. auch Neub. Off. m. Pr. u. **B. 394** a. d. Exped. d. Ztg.

Pension.

Zur Miterziehung mit unserer einzigen Tochter wünschen wir zu Ostern d. Js. eine (609

Pensionärin

im Alter von etwa 9 Jahren in unser schön gelegenes Haus aufzunehmen. Unterricht durch eine geprüfte Erzieherin.

Pfarrer Erasmus,
Pr. Mark bei Elbing.

Für einen Obersecundaner des Real-Gymnasiums wird per 1. April bei mäßigem Preise eine geeignete (611

Pension

gesucht. Ausführliches Angebot u. **B. 385** a. d. Exped. d. Ztg. erb.

Vereine.

Hollaheh!

Zusammenkunft

Donnerstag, den 13. Dezbr.

Danziger Melodia.

Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß die Uebungen auch ferner im **bisherigen Lokale,**

Langenmarkt 15, II

stattfinden. (560

Nächste Probe

Mittwoch, d. 12. d. Mts.,

zu welcher allseitiges Erscheinen der Herren Activen erbittet

Der Vorstand.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig